

2019

Rede von Landrat
Roland Bernhard
zur Einbringung
des Kreishaushalts



Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, verehrte Gäste,

fast auf den Tag genau ist es 10 Jahre her, seitdem ich Landrat des schönen Landkreises Böblingen sein darf.

Fragt man Google, dann steht die Zahl 10 für Wandel und Umbruch. Digitalisierung, Globalisierung und Migration verändern die Welt in einem rasanten Tempo.

Das macht vielen Menschen Angst. Politische Strömungen leben von dieser Angst. Angst trennt, Angst polarisiert. Denn die Spaltung der Gesellschaft lenkt ab von wichtigen Themen, die unsere Zukunft bestimmen. Lange hat die Politik die Warnsignale dieser Spaltung nicht erkannt. Wie wichtig Solidarität ist, hat schon der römische Philosoph Seneca in einem Bild ausgedrückt: die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen würde, wenn sich nicht die einzelnen Steine gegenseitig stützen würden. Heute scheint dieses Gewölbe zu bröckeln, instabil zu werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander - auch bei uns im Kreis, wie die Arbeit am Armuts- und Reichtumsbericht zeigt. Viele Menschen schaffen es mit regelmäßiger, harter Arbeit gerade so über das Existenzminimum. Wohnraum ist knapp und teuer. Zuerst die Euro-Krise, dann die Flüchtlingskrise haben die Menschen verunsichert. Die Globalisierung ist in Misskredit geraten. Es ist unsere Aufgabe, die auseinanderdriftende Gesellschaft wieder zusammen zu führen. Dabei würde ich nicht so weit gehen, wie es Manfred Rommel mal gesagt hat: "Freiheit, Friede und elektrischen Strom schätzt man mehr, wenn man sie gelegentlich nicht hat." Soweit sollten wir es nicht kommen lassen.

Ich bin überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit einem starken Europa unseren Wohlstand erhalten können. China, Asien und die USA unter Präsident Trump warten nicht auf uns und nehmen am Ende auch keine Rücksicht auf europäische Befindlichkeiten.

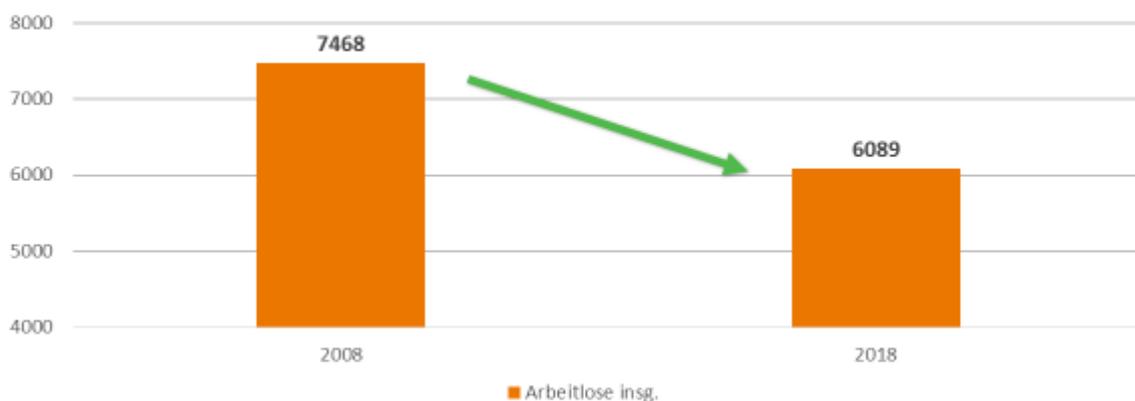
Was können wir vor Ort tun? Ich meine eine ganze Menge! Im Kern geht es um den Respekt und die Achtung anderer Menschen. Es geht um ein moralisches und christliches Fundament, das an der einen oder anderen Stelle leider bröckelt. Es geht auch um Grundtugenden wie Fleiß und Offenheit, andere Länder und andere Menschen und um Offenheit für Neues. Viele Unternehmer im Landkreis sind dafür ein gutes Beispiel. Sie

agieren oft international und pflegen gute Beziehungen auf der ganzen Welt. Sie zu stärken, ist unsere fürnehmste "Pflicht".

Die Wirtschaftsförderung arbeitet gemeinsam mit den Unternehmen an einer Zukunftsstrategie. Noch in diesem Jahr wollen wir Ihnen die Ergebnisse präsentieren. Unser Wohlstand hängt am Export. Wir müssen vernetzen, im Kreis und international.

Mit der Entwicklung unserer Wirtschaft haben wir eine hervorragende Ausgangssituation für die Gestaltung unserer Zukunft: Unsere Firmen gehen trotz Handelskonflikten und drohendem Brexit optimistisch in die kommenden Monate - 94 Prozent der Unternehmen erwarten eine stabile oder sogar verbesserte Wirtschaftslage. Das erfreut.

Arbeitslosenzahlen

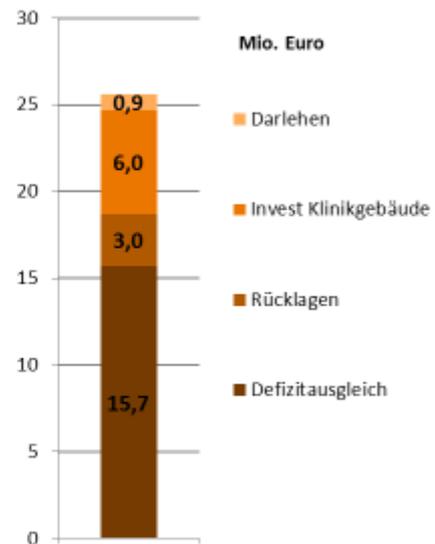


Seit Jahren haben wir Vollbeschäftigung, derzeit 2,8 Prozent Arbeitslosigkeit - 2008 waren es noch 3,8 Prozent. Zehn Jahre nach der Finanzkrise wächst die Wirtschaft im Landkreis Böblingen so nachhaltig wie selten zuvor. Damals sank das Bruttoinlandsprodukt im Kreis um 17 Prozent in zwei Jahren. Heute ist der Wert dem Krisenniveau nach oben enteilt. Ich erinnere mich noch gut an diese schwierige Lage, in der ich als Landrat hier begonnen habe.

Kliniken

Auch damals hatte sich schon abgezeichnet, dass die stationäre Gesundheitsversorgung ein Mega-Thema werden würde.

Defizit Kreiskliniken



Das zeigt sich auch heute bei den Kosten. 2,6 Prozentpunkte Kreisumlage geben wir aus dem Ergebnishaushalt für den Defizitausgleich dazu. 9 Mio. Euro aus dem Finanzhaushalt als Invest und für die Rücklagen. Zusammen mehr als 25 Mio. Euro. Auf Unterstützung des Bundes dürfen wir wenig Hoffnung setzen. Der Bund reagiert nur und nur auf massiven Druck. So wie bei der Pflege. Es musste erst ein Pflegenotstand eintreten, bis der Bund mit dem geplanten **Pflegepersonal-Stärkungsgesetz** reagiert.

Pflegepersonal-Stärkungsgesetz



“Wir haben verstanden – Wir schaffen neue Stellen. Wir suchen nach Wegen, neue Pflegekräfte zu finden. Und wir sorgen für eine bessere Bezahlung. Unser Ziel sind konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag der Pflegekräfte. Denn sie leisten jeden Tag Großartiges.“

- Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich der Gesetzentwurf als Mogelpackung, denn: im Gegenzug soll der Pflegezuschlag gestrichen werden. Aus der "linken" Tasche werden uns für Baden-Württemberg 60 Mio. Euro genommen, in die rechte Tasche aber 40 Mio. Euro eingesteckt. Bleiben 20 Mio. Euro, die uns fehlen. Für den Klinikverbund bedeutet das 1,7 Mio. Euro jährlich weniger. Das darf nicht wahr sein. Daher müssen wir uns mit Händen und Füßen wehren, dass dieser Taschenspielertrick unterbleibt. Zudem fordern wir gebetsmühlenhaft, das hohe Lohnniveau im Südwesten beim Landesbasisfallwert zu berücksichtigen. Es ist so, als würde man einem Ochsen ins Horn "pfezen": Wirkung gleich Null. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Mit einem offenen Brief habe ich mich daher gemeinsam mit meinem Calwer Kollegen und der Geschäftsführung und unterstützt durch den Aufsichtsrat an die Bundestags-Abgeordneten gewandt.

Deshalb bleibt uns weiter nur die Doppelstrategie: Druck auf Bund und Land für eine bessere Finanzierung und die eigenen Hausaufgaben machen. Erstens: Der Träger trägt - ich habe die Beträge eben genannt. Zweitens: Das **Medizinkonzept** stringent umsetzen, um in die Nähe einer schwarzen Null zu kommen. Der Beschluss des Medizinkonzeptes durch den Kreistag war weitsichtig und zeigt noch immer in die richtige Richtung. Nach wie vor geht es darum, das Konzept beim Thema Spezialversorgung vs. Basisversorgung und den standortübergreifenden Fachzentren zu verfeinern. Da ist die Geschäftsführung gefordert - die sich mit viel Kraft für unsere Kliniken einsetzt. Dank an Dr. Noetzel, Hr. Loydl - aber auch Herrn Schäfer, der die Flugfeldklinik voran bringt.

Flugfeldklinikum



Das Projekt wird auf Jahrzehnte die stationäre Versorgung der Menschen im Raum Böblingen/Sindelfingen sicherstellen. Die Vorplanung für den **Neubau Flugfeldklinikum** ist erfolgreich abgeschlossen. Mit der Vergabestrategie haben wir vor, innovative Wege zu gehen mit der wir die Kosten in der Bauphase besser im Griff behalten wollen. Weg von einem starren Baubeschluss hin zu einem flexiblen Vergabeverfahren, das uns ermöglicht, situativ zu agieren und notfalls umzusteuern.

Wir sind nach wie vor in Verhandlungen mit dem Zweckverband über den Zukauf weiterer **Flächen östlich des Grundstücks**. So wird noch mehr Spielraum für künftige medizinische Entwicklungen im Hauptgebäude des Klinikums geschaffen. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns mit dem Zweckverband bald einig werden. Im Verfahren der **Bauleitplanung** arbeiten wir ebenfalls eng mit dem Zweckverband und den Städten zusammen. Der Bebauungsplanentwurf soll bis Herbst dieses Jahres fertiggestellt werden.

Bei den **Krankenhäusern in Herrenberg und Leonberg** gehen wir mit großen Schritten voran: Die europaweiten Vergabeverfahren zur Planerauswahl wurden abgeschlossen. Die Planer haben in Leonberg mit der Einarbeitung in die Aufgabe begonnen, erste Abstimmungen finden seit Anfang September statt. Die Vorentwurfsplanungen zum Umbau des Cafeteriapavillons wurden mit einem Ingenieurbüro für Küchenplanung abgestimmt. Die Entwurfsplanung der Psychosomatischen Klinik des ZfP Nordschwarzwald wurde fortgeführt.

Wie auch in Leonberg werden in Herrenberg die Leistungen der Tragwerksplanung, der Planung des Baulichen Brandschutzes, der Bauphysik und der Medizintechnik an Planungs- und Ingenieurbüros vergeben.

Insgesamt werden wir in unsere Kliniken in den kommenden Jahren rund 650 Mio. Euro investieren. Mit dieser Investitionsoffensive sind wir Spitzenreiter unter den Landkreisen in Baden-Württemberg. Ich bin überzeugt: In 10 Jahren wird sich die Investition als nachhaltig für die Gesundheitsversorgung ausgezahlt haben. Denn: Was man an der Saat spart, verliert man an der Ernte.

Für eine gute Ernte ist es notwendig, auch neue Felder zu bestellen. Das gilt für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Klinikbeschäftigte. Das gilt noch mehr für die Entwicklung des **Campus-Gedankens** in Herrenberg und in Leonberg. Die vor- und nachstationäre Patientenversorgung wird immer wichtiger. Der gilt auch für die sektorenübergreifende Zusammenarbeit von ambulanter und stationärer Versorgung. Wir

werden eines Tages noch unseren Vorvätern und -müttern dankbar sein, dass der Landkreis um die Krankenhäuser herum viele Flächen besitzt.

Felder der Digitalisierung im Gesundheitswesen

Digitale Patientenakte

- zentrale elektronische Verfügbarkeit aller Patientendaten
- Verfügbarkeit in Echtzeit
- Bildmanagement
- mobile Visite



IT -Medizintechnik

- Vernetzung in Diagnostik und Behandlung
- Verfügbarkeit diagnostisches Datenmaterial
- Mobile Endgeräte

Intersektorale Zusammenarbeit

- Telematikinfrastruktur
- Cloudcomputing
- Telemedizin
- Vernetzung von Gesundheitsunternehmen

Wissensmanagement

- BigData
- Datenmanagement
- Prozesssteuerung
- Tracking
- Monitoring
- Assistenzsysteme
- Robotik

Patientensicherheit

- Arzneimittelsicherheit
- Digitale Sicherheitschecks
- Kritische Infrastruktur
- Vernetzte Medizinprodukte
- Ausfallsicherheit

Dass die Saat aufgeht, hoffen wir auch beim Thema

Digitalisierung.

Im Gesundheitsbereich wollen wir Schrittmacher nicht nur bei BIM, sondern bei E-Health- und Big-Data-Anwendungen hin bis zur Telemedizin sein.

Erfreulich ist die Entwicklung beim Herman-Hollerith-Zentrum: Der Kreistag hat vor fünf Jahren einen Volltreffer gelandet. Ich hoffe das erkennt auch die Wissenschaftsministerin, die am Mittwoch das HHZ besucht. Das HHZ ist unser Partner für Digitalisierung. Dort läuft das europaweite Digitrans-Projekt, dort entsteht unser Zentrum für Digitalisierung. Diese Woche wird der Aufsichtsrat seine erste Sitzung haben.

Digitalisierung braucht breite Datenautobahnen. Daher ist der **Breitbandausbau** so wichtig. Durch eine Kooperation mit der Telekom erreichen wir einen effizienten und flächendeckenden Glasfaser-Ausbau. Das ist dringend nötig, um nicht Anschluss an die digitale Welt zu verlieren. Zur Gründung eines Zweckverbandes werden wir nachher beraten.

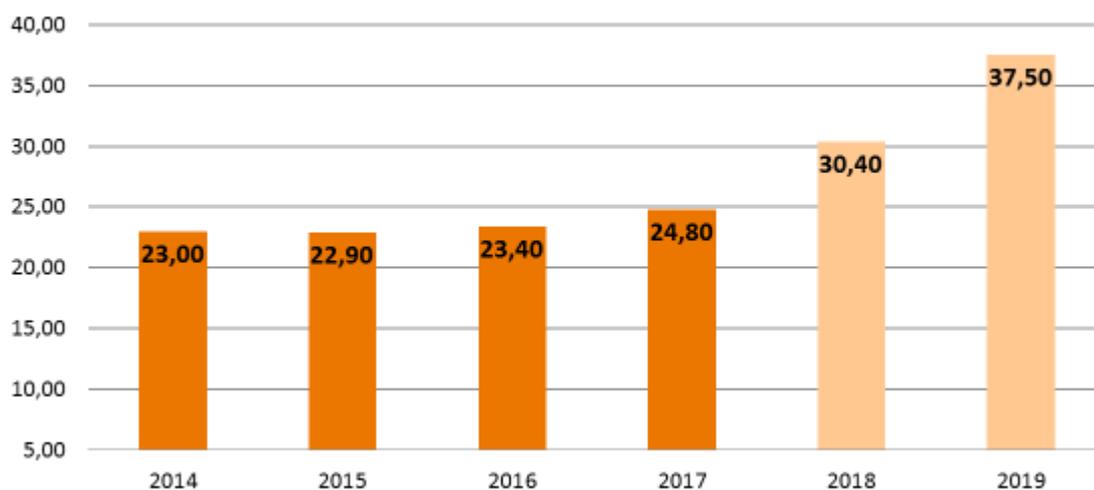
Vom Datenverkehr zum klassischen Verkehr und der

Mobilität.

Der **ÖPNV** leistet im Landkreis einen enormen Beitrag, um einen Verkehrskollaps zu vermeiden. Angesichts der Diskussionen um Luftverschmutzung, Lärmbelastung und Fahrverbote führt kein Weg daran vorbei, noch mehr Menschen vom ÖPNV zu überzeugen. Das braucht Geld, viel Geld. Wir investieren in die Elektrifizierung der Nebenbahnen, schaffen ein besseres Busangebot und finanzieren die Ausweitung des S-Bahn-Taktes mit. Mit der Umsetzung des ÖPNV-Pakts sowie der ersten Runde der Vergabeverfahren werden wir bis Ende 2019 das Verkehrsangebot bei den Bussen um rund 1,5 Mio. Fahrzeugkilometer (+14%) steigern. Befürchtungen zum Trotz haben sich unsere mittelständischen Unternehmen im Wettbewerb gut behauptet.

Ein Durchbruch ist die **Tarifzonenreform**. Die Fahrgäste dürfen sich ab April 2019 über ein vereinfachtes Tarifsystem und günstigere Preise freuen. Die rund 2,7 Mio. Euro im Kreishaushalt 2019 sind gut investiert. Dieses Geld kommt bei den Menschen an und wird viele zum Umstieg auf „die Öffentlichen“ bewegen. Angesichts dieser Verbesserungen sehe ich - trotz einer gewissen persönlichen Sympathie - derzeit nicht die politische Kraft, nun auch noch ein Sozialticket zu platzieren.

ÖPNV-Budget



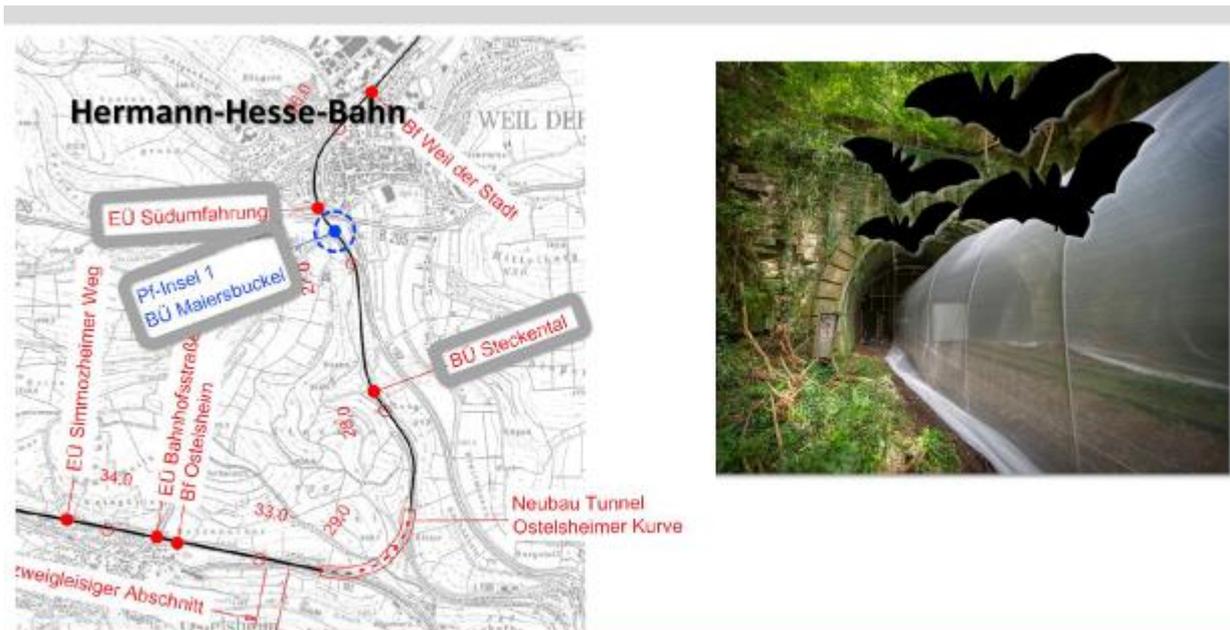
Dabei hilft ein Blick aufs ÖPNV-Budget. Dort steigt im Jahr 2019 der Nettoressourcenbedarf auf rund 37,5 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung um rund 7 Mio. Euro. Ein wesentlicher Posten sind dabei unsere Betriebskostenumlagen an die Zweckverbände: Gut 8,5 Mio. Euro.

Der Ausbau der **Schönbuchbahn** schlägt mit rd. 2,5 Mio. Euro mehr zu Buche. Rund 100 Mio. Euro investieren wir in den Ausbau zuzüglich rund 50 Mio. Euro an Fahrzeugkosten. Vor zehn Jahren sprachen wir hier noch über die Machbarkeit. Heute stehen wir kurz vor dem Abschluss: Der Gleisbau und die beiden Unterführungsbauwerke in Böblingen und Holzgerlingen sind fast fertig. Die Oberleitung und die Leit- und Sicherungstechnik brauchen noch etwas Zeit. In Kürze kann der Zugbetrieb wieder aufgenommen werden, zunächst von Holzgerlingen bis Dettenhausen; im Frühjahr 2019 auch zwischen Böblingen und Holzgerlingen. Wenn der neue Betriebshof in Böblingen fertig ist, kann nächsten Sommer der 15-Minuten-Takt gestartet werden. Dazu werden wir zunächst Elektrofahrzeuge anmieten bis die neuen, innovativen Elektrofahrzeuge im Jahr 2021 geliefert werden.

Ammertalbahn



Bei der **Ammertalbahn** gehen wir mit dem Landkreis Tübingen ebenfalls den Weg der Elektrifizierung im Rahmen des Projekts Regionalstadtbahn Neckar-Alb. Da sind wir mit 20 Prozent im Zweckverband mit drin und damit auch an den Betriebskosten beteiligt.



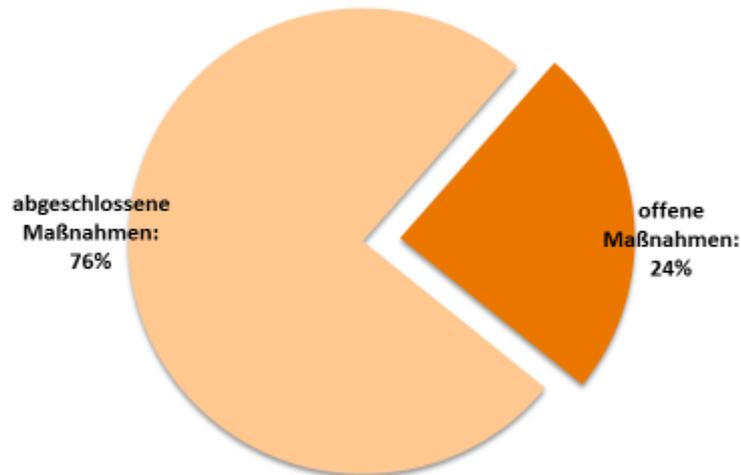
Bei der **Hermann-Hesse-Bahn** wollen wir nicht in eine laufende Mitfinanzierung einsteigen. Ich halte es für ausreichend aber auch angemessen, uns einmalig mit 3,9 Mio. Euro zu beteiligen. Auch wenn die Fledermäuse verzögern: Die Ampeln für unsere Kernforderungen mit Schallgutachten, Vorrangregelung für die S-Bahn sowie dem Stresstest sind inzwischen auf grün gestellt.

Zudem wurde dem Härtefallantrag für Weil der Stadt - für alle drei Kreuzungspunkte - vom Verkehrsministerium zugestimmt. Auch hier steht die Ampel auf Grün. Die Verhandlungen hierfür waren alles andere als einfach, am Ende aber von Erfolg gekrönt. Ich danke dem Verkehrsminister für das Einlenken, den Landtags-Abgeordneten für die Unterstützung und Bürgermeister Schreiber für seine Penetranz. Mit ihm habe ich vereinbart, dass sich zunächst Weil der Stadt damit befasst. Erst danach wollen wir uns in den Kreisgremien damit befassen. Denn das vorläufige Ergebnis zur Förderfähigkeit einer S-Bahn bis Calw ist für Ende Oktober/Anfang November angekündigt. Dieses noch abzuwarten macht durchaus Sinn. Aber, machen wir uns nichts vor: Auch wenn ein "Ergebnis" vorliegt, werden noch viele Fragen offen bleiben.

Ich bin mir sicher: Wir werden uns bald positionieren müssen. Ich finde, dazu müsste noch der aktuelle Kreistag "springen". Denn eins ist sicher: Eine zeitnahe Schienenverbindung nach Calw würde unsere Straßen entlasten.

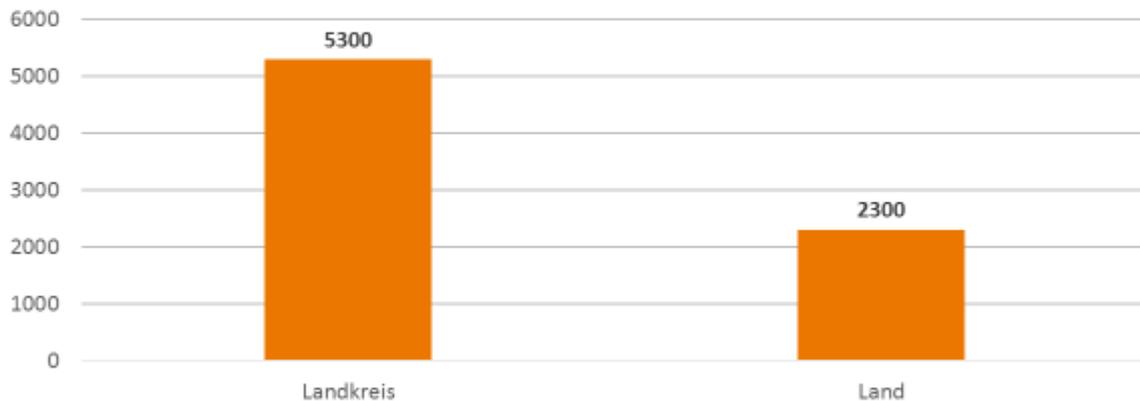
Und damit zum **Straßenbau**.

Straßenentwicklungsprogramm 2019



Eine alte Bauernregel besagt "Da ist gut Fuhrmann sein, wo es eben geht". Noch vor 6 bis 7 Jahren waren viele Kreisstraßen uneben, zum Teil löchrig. Inzwischen trägt unser 42 Mio. Euro-Sonderprogramm (SEP) Früchte. Zu drei Vierteln sind wir durch. Wir dürfen aber nicht nachlassen! Sonst geraten wir wieder in einen Sanierungsstau. Nachhaltige Erhaltung heißt auch nachhaltige Finanzierung! Dabei kommen wir nicht daran vorbei, unsere Strategie bei schwächer belasteten Straßen zu modifizieren.

Durchschnittliche Verkehrsbelastung auf Kreisstraßen



Warum? Weil das Land den Ausbau nur fördert, wenn die Verkehrsstärke über dem Durchschnitt des Landkreises liegt. Und da liegt der Hund begraben! Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke auf unseren Kreisstraßen liegt bei rund 5.300 Kfz (2017). Landesweit liegt der Durchschnitt bei nur 2.300. Damit sind wir die am stärksten belasteten Kreisstraßen. In Baden-Württemberg haben wir die am stärksten belasteten Kreisstraßen. Das spüren wir täglich, der Verschleiß ist hoch. Dass wir dafür auch noch mit weniger Zuschüssen "bestraft" werden, ist eine seltsame Logik. Wir werden uns "auf die Hinterbeine" stellen und auf eine Absenkung der Zahlen drängen. Dort, wo wir keine Landesförderung bekommen, müssen wir verstärkt auf eine schlanke Erhaltung im Bestand hinsteuern.

Zum **Radverkehr**: dieses Feld wird peu à peu bestellt: Das Fahrrad ist nachhaltig und klimafreundlich. Radfahren macht Spaß, ist umweltfreundlich und hält fit. Das Fahrrad wird mehr und mehr zum Alltagsverkehrsmittel.

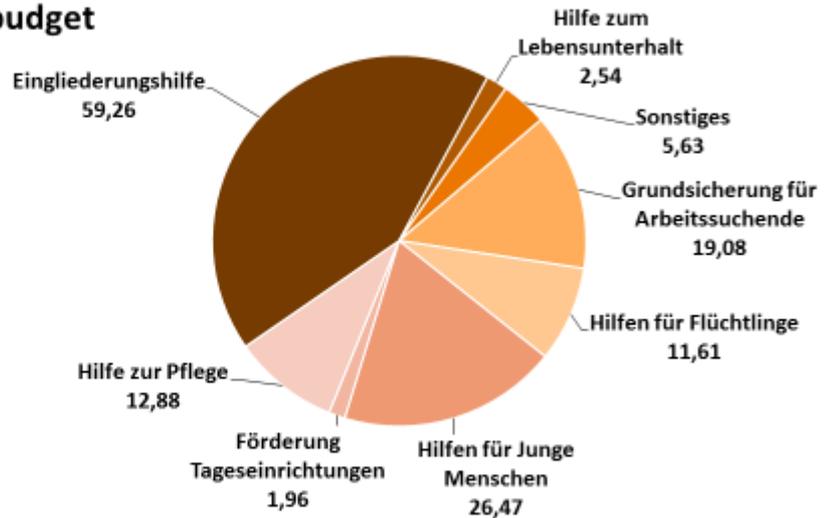


2019 liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau der Hauptverkehrsachsen. Im Haushalt sind hierfür rund 2 Mio. Euro vorgesehen. Die Radschnellverbindungen „Böblingen/Sindelfingen-Stuttgart“ und „Böblingen-Ehningen“ sind bereits in das Förderprogramm des Landes aufgenommen. Zudem wollen wir - auf Rechnung des Landes - die RadNETZ-BW-Alltagsradverbindung zwischen Nebringen und Herrenberg entlang der L1184 ausbauen. Schritt für Schritt nehmen wir auch die anderen Hauptachsen in Angriff.

Kurz zur **A81**: Der Planfeststellungsbeschluss liegt inzwischen vor. Meine dringende Bitte: Mit dem Baubeginn sollte schleunigst begonnen werden. Beim **Lückenschluss** hat unsere Machbarkeitsstudie gezeigt, dass wir zumindest Teile der Baumaßnahmen vorziehen können. Auch dort müssen wir aufs Tempo drücken. Damit möchte ich den Verkehrsbereich verlassen und widme mich dem Sozialbereich.

Zuschussbedarf Sozialbudget

Gesamt 139,4 Mio. €

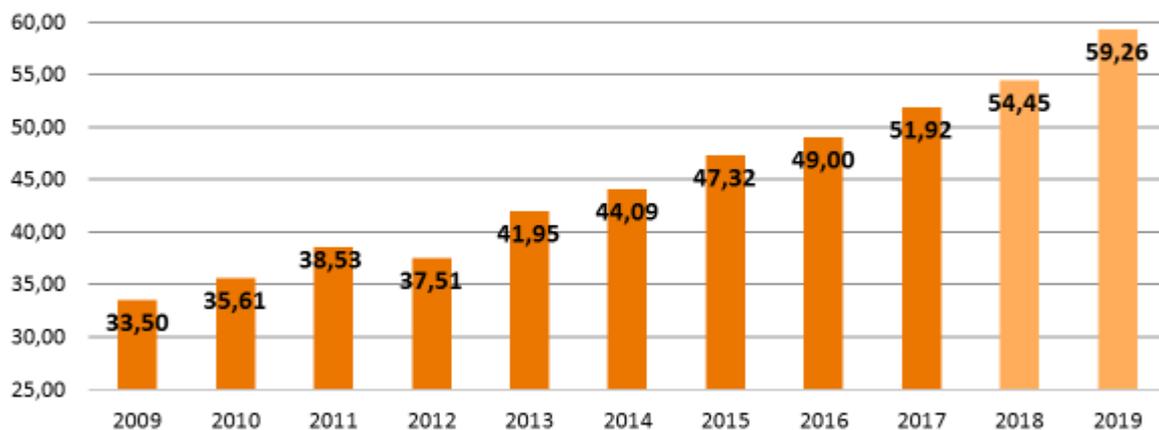


Größter Brocken ist das

Sozialbudget

mit einem Zuschussbedarf von rund 140 Mio. Euro. Alleine bei "**Sozialen Hilfen**" fallen 110 Mio. Euro an, 6,2 Mio. Euro (bzw. 6 Prozent) mehr als im Vorjahr. Diesen Kostenblock können wir kaum beeinflussen.

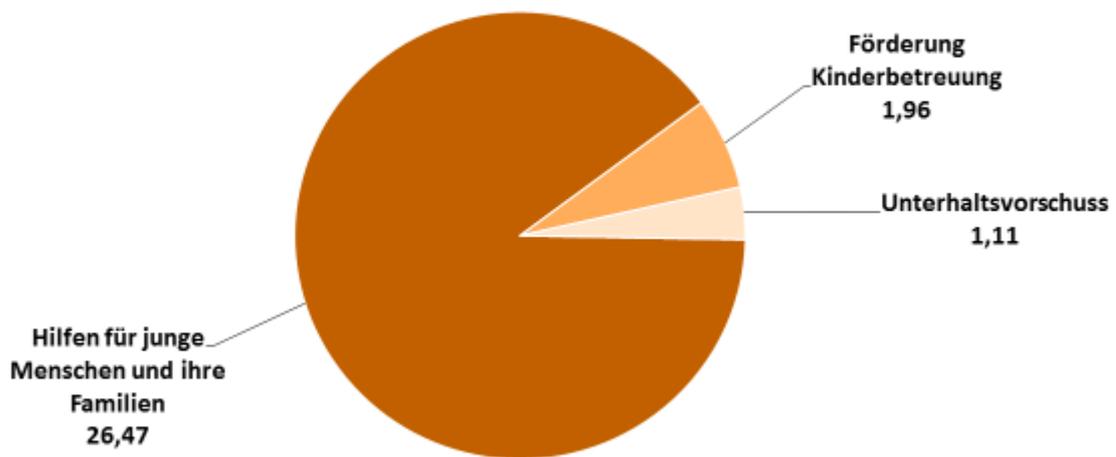
Eingliederungshilfe



Den Löwenanteil mit knapp 60 Mio. Euro bildet die **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen**. Steigende Fallzahlen und die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) treiben die Kosten nach oben. Sie haben sich seit 2009 nahezu verdoppelt. Wir fordern vom Bund, Kostensteigerungen vollständig, rückwirkend und dauerhaft zu übernehmen.

Kritisch ist die Entwicklung bei den ambulanten Eingliederungshilfen für junge Menschen mit seelischer Behinderung. Es handelt sich hier vorwiegend um **Schulbegleitungen**. Ihre Zahl wächst rapide. Allein in den letzten fünf Jahren von 110 auf 200. Wir kalkulieren für 2019 mit Ausgaben von 2,8 Mio Euro. Das Land beteiligt sich zwar an diesen Kosten, aber nur mit einem Bruchteil. Wir erwarten, dass die für 2019 vorgesehene Revision der Landesbeteiligung zu einer deutlichen Erhöhung der Landeszuschüsse führt, damit wir diesen inklusionsbedingten Mehraufwand gedeckt bekommen.

Zuschussbedarf Jugendhilfe



Für die **Kinder- und Jugendhilfe** kalkulieren wir 2019 mit einem Nettoressourcenbedarf von 29,55 Mio Euro (Vorjahr: 29,62 Mio Euro). Diese stabile Entwicklung ist nur möglich, weil wir noch mit Erstattungen für die UMA-Betreuung rechnen. Ohne diese Einnahmen würde der Zuschussbedarf aufgrund von Fallzahlensteigerungen und tariflich bedingt höheren Kostensätzen deutlicher steigen.

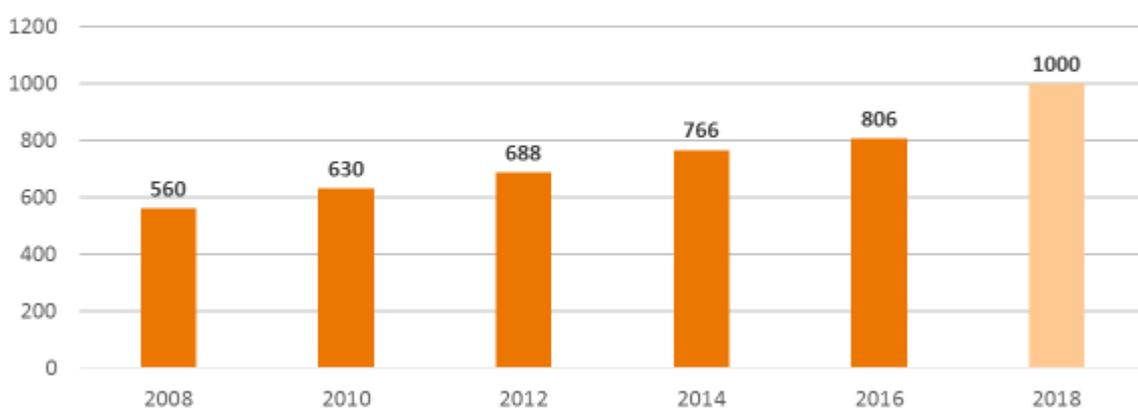
Nachhaltige Impulse setzen wir bei der **Inklusiven Kindertagesbetreuung**. Wir werden Ihnen vorschlagen, die Pauschalen für Integrationshilfen in Kitas sowie die Förderleistung

für Tagesmütter, zu erhöhen. Uns schwebt vor, mit den Kommunen ein innovatives Modellvorhaben auf den Weg zu bringen, um mit der Inklusion in Kitas ernst zu machen.

Dass wir nicht allein auf dieser Welt sind, zeigt sich beim Thema **Flüchtlinge**. Die Zugänge sind konstant niedrigem. Dadurch konnten wir die Wohnheimkapazität von in der Spitze rund 4.000 auf unter 1.000 reduzieren. Anfang 2019 werden wir nur noch 800 Plätze haben. Die Leerstands- und Fehlbelegungsprobleme haben wir - dank einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunen - weitgehend gelöst. Sorge bereitet uns die Novellierung des FlüAG. Hier droht, dass die Landkreise zum Lückenbüßer werden. Die Flüchtlingsaufnahme ist staatlich und daher darf am Kreishaushalt nichts hängen bleiben. "Zurück zu Pauschalen", das geht nicht mit uns, die versprochene Spitzabrechnung muss auch in Zukunft gelten. Zur Kostenerstattung gibt es aber auch Lichtblicke: So hat das Land inzwischen zugesagt, sich an den Kosten für Asylbewerber-Leistungen geduldeter Flüchtlinge zu beteiligen.

Während wir die Aufnahme der Flüchtlinge im Griff haben, gilt es verstärkt auf die zügige Integration hinzuwirken. Wir setzen auf Deutschkurse und suchen den engen Schulterschluss mit der Wirtschaft. Den Integrationsplan für Flüchtlinge werden wir demnächst in den Kreistag einbringen.

Entwicklung Einbürgerungen

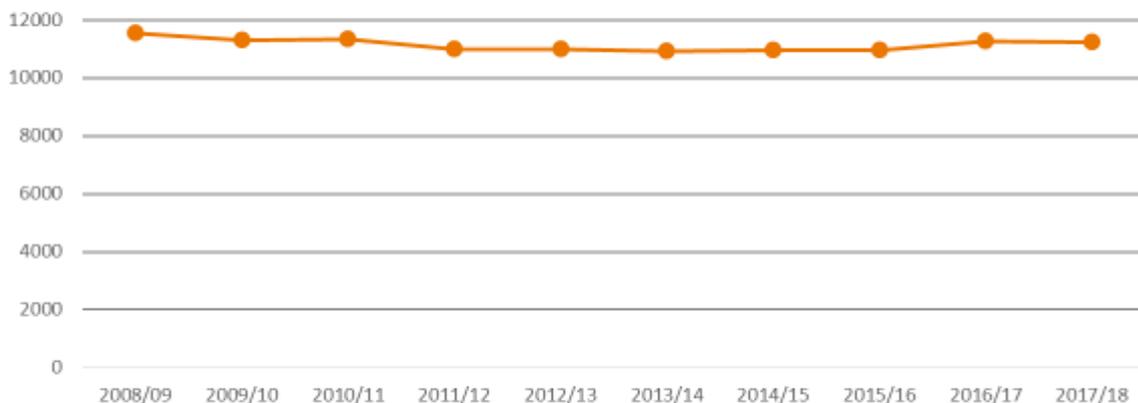


Schlusspunkt der Integration ist die Einbürgerung. Wir werben daher intensiv für die Einbürgerung. Es zeigt sich, dass unsere Einbürgerungsoffensive wirkt: 2018 werden wir

voraussichtlich bei 1.000 Einbürgerungen landen. Unser hartnäckiges Bohren hat sich ausgezahlt.

Wir legen aber auch Wert auf die **Bekämpfung von Fluchtursachen**. Einen zugegeben kleinen Beitrag leisten wir mit unserem Zuschuss zu lokalen Entwicklungshilfeprojekten. Die Bundespolitik hat erkannt, dass die Expertise der kommunalen Ebene in den Entwicklungsländer von besonderem Wert ist. Wir haben dies mit dem AWB in Tunesien erlebt, wo in der Partnerschaft ein Wertstoffhof entsteht. Wir wollen uns vornehmlich bei den MAGHREB-Staaten engagieren.

Entwicklung Schülerzahlen Berufsschulen



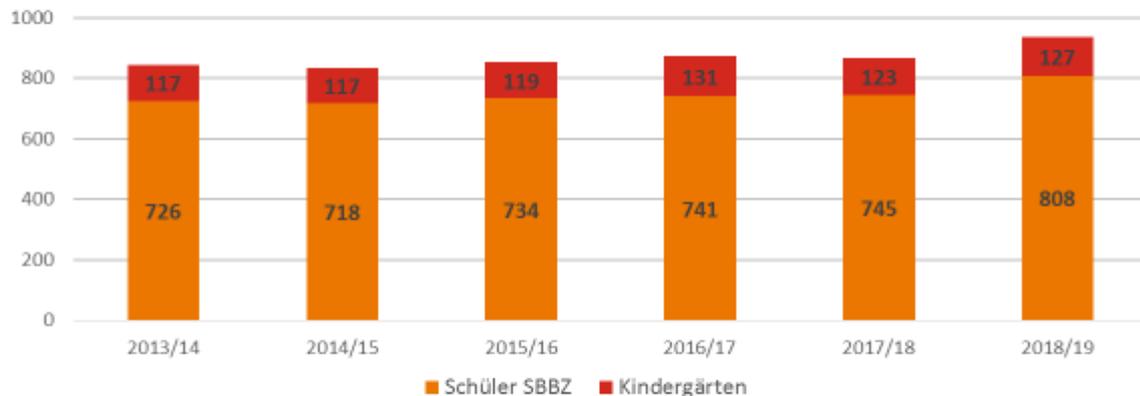
Ich komme zu unseren **Schulen**:

Die "stillen" Profis im Lande sind ohne Zweifel unsere Beruflichen Schulen. Die duale Ausbildung ist der Exportschlager schlechthin. Unsere Schulen mit ihren facettenreichen Profilen sind gut aufgestellt. Der prognostizierte Schülerrückgang ist bisher nicht eingetreten. Langfristig rechnen wir mit konstanten, allenfalls leicht rückläufigen Zahlen.

Die Digitalisierung wird an unseren Berufsschulen großgeschrieben. Digitale Medien erleichtern die berufliche Aus- und Weiterbildung. Nächstes Jahr starten wir das Projekt "**Lernfabrik 4.0**". Hinter dieser Bezeichnung steht ein Labor, in dem Prozesse nach den Standards von Industrie 4.0 erlernt werden. Das Projekt findet innerhalb der Landesstrategie "digital@bw" statt. Die Federführung liegt bei den Gottlieb-Daimler-Schulen. Perspektivisch wird auch das Berufsschulzentrum Leonberg eingebunden. Das

Land stellt für digitale Maßnahmen von Schulen insgesamt 150 Mio. Euro zur Verfügung. Erst wenn der Bund mit seinem angekündigten Digitalpakt zu Potte kommt, können die Schulträger mit mehr Geld rechnen.

Entwicklung Schülerzahlen SBBZ



Auch bei unseren **Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)** ist trotz Elternwahlrecht von einem Schülerrückgang nichts zu spüren. Im Schuljahr 2017/2018 besuchten 745 Schüler unsere SBBZ und 123 Kinder die Schulkindergärten. Die Folge: **Schulraum** muss geschaffen werden. Den kooperativen Kommunen ist es zu verdanken, dass flexibel Lösungen gefunden werden.

Neue Wege wollen wir auch beim Thema **bezahlbarer Wohnraum** gehen. Hier steckt sozial-politischer Sprengstoff. Das hat die Bundespolitik viele Jahre unterschätzt. Jetzt wird gehandelt, hoffentlich nicht zu spät. Aber auch auf kommunaler Ebene gilt es, anzupacken. Die Wohnungsfrage wird zur Standortfrage. Unsere Kommunen legen sich mächtig ins Zeug. Der Landkreis koordiniert und hilft in seinem Wirkungskreis. Unser Vorschlag: Mit einem Wohnraumakquise-Modell nach Vorbild des Ostalbkreises wollen wir Leerstände für sozial schwache Menschen zunächst für 1 Jahr anmieten und so einen Teil der insgesamt rd. 6.000 leerstehenden Wohnungen im Kreis dem Markt zuführen. Das wird aber bei weitem nicht ausreichen, denn wir haben im Kreis insgesamt einen Wohnraumbedarf von zusätzlichen 440 Hektar, das entspricht 5 ½ mal dem Flugfeld!

Diese Zahl verdeutlicht einmal mehr, dass wir eine Lösung für anfallenden Bauschutt und Erdaushub finden müssen. Das wird sich in den kommenden Jahren nicht ändern, eher verschärfen. Damit sind wir beim Thema

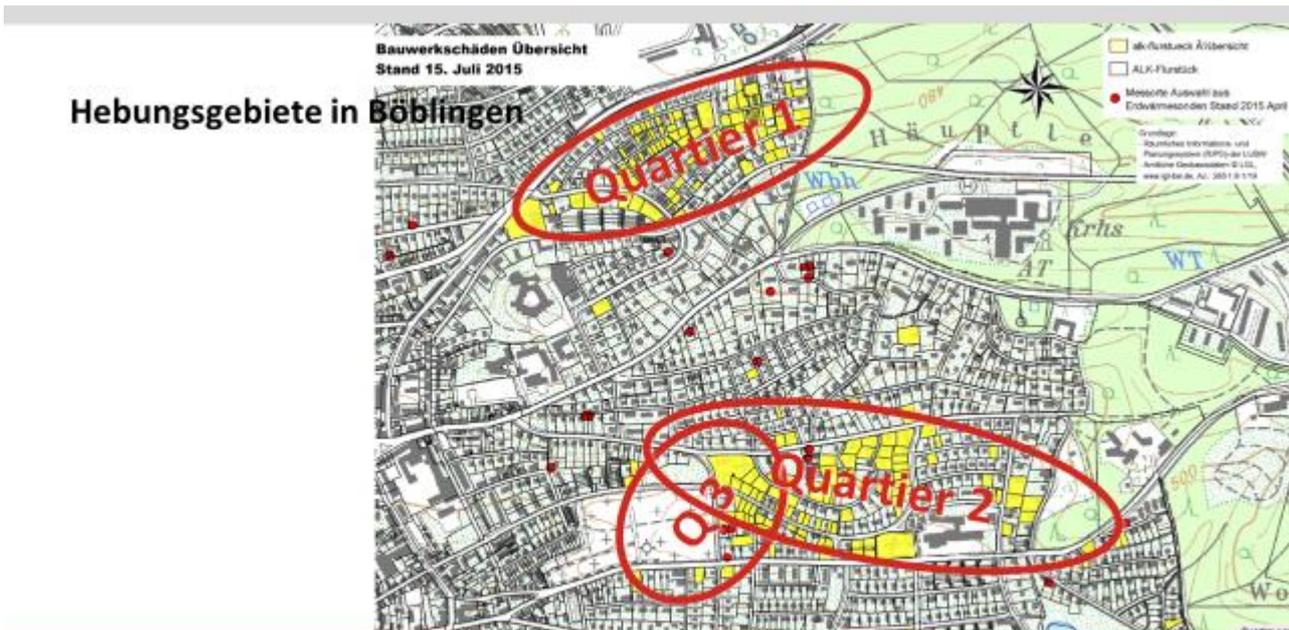
Umwelt und Natur

angekommen.

Die Projektgruppe zur Suche einer **Erd- und Bauschuttdeponie** leistet wichtige Grundlagenarbeit: Die Bedarfsprognose liegt vor, derzeit sind die Bewertungskriterien im Fokus. Dazu wurden die Natur- und Umweltverbände beteiligt. Meines Erachtens können wir noch in diesem Jahr einen Beschluss über die Kriterien im Kreistag fassen, um die nächsten Schritte zu gehen.

Bei der **Kooperation Biomüll mit dem Landkreis Esslingen** sind wir in der Spur. Wir sind mit den Kollegen aus dem Landkreis Esslingen seit Jahren im Bereich Kompostwerk in gemeinsamer GmbH. Wir wollen die Zusammenarbeit jetzt auf neue Stufe heben und dazu die **Vergärungsanlage in Leonberg** erweitern - von heute 35.900 genehmigten Tonnen Durchsatz auf dann 60.000. Der AWB hat die Kooperation gut vorbereitet - dank an Hr. Bagin - auch im Gespräch mit der Stadt Leonberg. Wir sind nun an den letzten Schritten, um im Frühjahr kommenden Jahres die gemeinsame GmbH für Vergärung zu gründen. Besonders erfreulich: Für das 10 Mio. Euro Projekt sind 5 Mio. Euro Förderung aus Bundesmitteln in Aussicht, die wir gerne abgreifen wollen. Ziel ist es **2021 die neue Vergärungsstufe** in Betrieb zu nehmen.

Bei den **Hebungen** der Erde in Böblingen ist es gelungen, 17 schadhafte Erdwärmesondenbohrungen erfolgreich zu sanieren.



Es hat sich gelohnt, auf innovative Lösungen zu setzen. Die Hebungsbewegungen gehen zurück - im nördlichen Hebungsgebiet bereits bis auf den Bereich der natürlichen Bodenbewegungen. Mit der Allianz haben wir hart verhandelt. In einem Letter of Intent signalisiert das Land, auf seine Forderungen in Höhe von 7,5 Mio Euro zu verzichten. Dafür danke ich Minister Untersteller sowie den vier Landtagsabgeordneten, die sich mit Nachdruck dafür eingesetzt haben. Auch die Stadt hat vor, zu verzichten. Lieber Oberbürgermeister Dr. Belz: dafür mein Dank. Ein Kompliment will ich auch unserer Leiterin des Wasserwirtschaftsamtes Frau de Haas und ihrem Team machen: das war eine Meisterleistung!

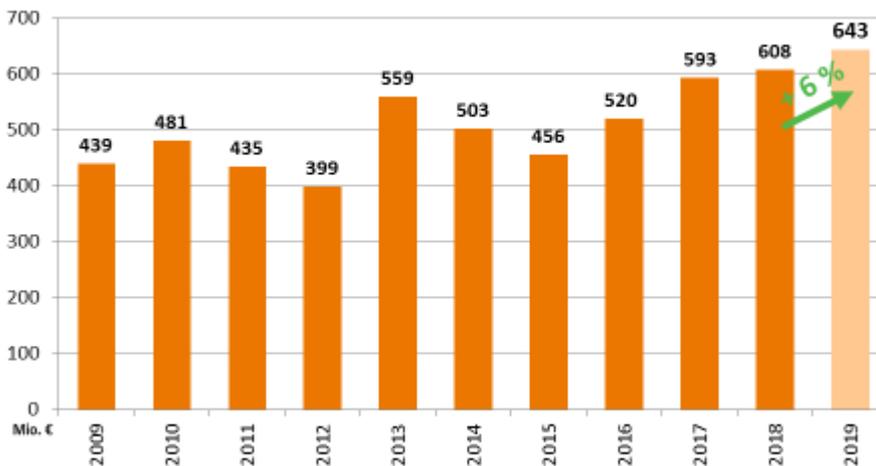
Aber wir sind noch nicht am Ziel: Wir wollen, dass Eigentümer entschädigt werden und die Allianz anerkennt, dass es nicht nur zwei, sondern drei Hebungsgebiete gibt - die Versicherungssumme also von 12 auf 17 Mio. Euro erhöht wird. Mit der Stadt und der IGE bleiben wir am Ball.

Erlauben Sie mir einige "facts" zum

Kernhaushalt 2019.

Viele Vorhaben können wir nur angehen, weil die Haushaltslage gut ist.

Steuerkraftsumme



Die Stärke der heimischen Wirtschaft führt auch in 2019 zu einer steigenden Steuerkraftsumme. Wir kommen auf 643 Mio. Euro, 6 % mehr als in 2018. In der Steuerkraftliga im Land stehen wir damit auf Platz 3. Bei den Schlüsselzuweisungen verzeichnen wir einen leichten Anstieg auf rund 36 Mio. Euro. Bevor dies Begehrlichkeiten weckt, verweise ich auf unseren **Finanzhaushalt**.

Finanzhaushalt 2019

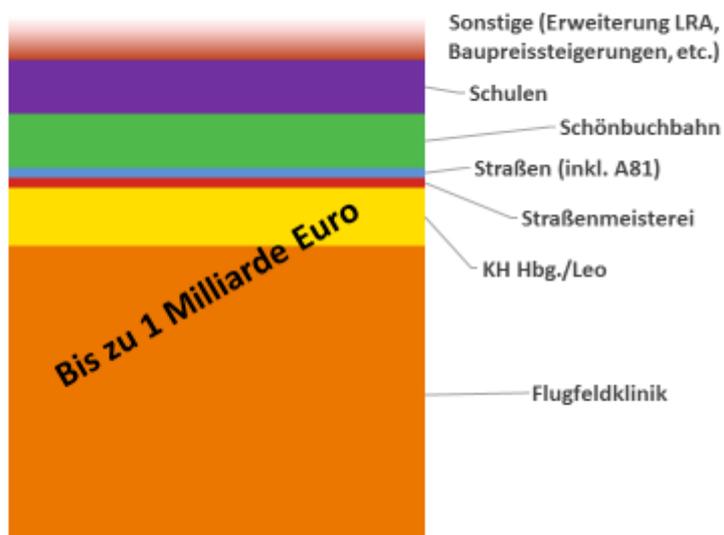


**Auszahlungen
Investitionstätigkeit
36 Mio. €**

Maßnahme	Plan 2019
Klinikbereich Eigenbetrieb Klinikgebäude	9,5 Mio. €
- Sanierung Herrenberg / Leonberg	6,0 Mio. €
- Rücklagenbildung Flugfeldneubau	3,0 Mio. €
- Tilgungserstattungen	0,5 Mio. €
Hochbau	8,9 Mio. €
- Ausbau/Umbaumaßnahmen LRA	1,5 Mio. €
- Ausbau/Umbaumaßnahmen Schulen	5,8 Mio. €
- Neugestaltung Bushaltestelle Leonberg	0,5 Mio. €
- Straßenmeisterei	1,1 Mio. €
ÖPNV	1,3 Mio. €
- Vermögensumlage Verband Region Stuttgart	1,3 Mio. €
Straßenbau	8,4 Mio. €
Erwerb bewegliches Anlagevermögen	6,4 Mio. €
- Schulen	2,4 Mio. €
- Verwaltung	4,0 Mio. €
Zuschüsse	1,4 Mio. €
- Breitbandausbau (TH84)	0,8 Mio. €
- Umwelt- und Gefahrengutzug (TH85)	0,5 Mio. €
- ZV Strudelbach Hochwasserrückhaltebecken	0,1 Mio. €

Dort investieren wir für künftige Generationen. Allein in 2019 sind rund 36 Mio. Euro geplant. Schwerpunkt sind unsere Schulen. Sie sind in die Jahre gekommen und müssen dringend saniert werden. Das könnte uns für die nächsten 6 bis 8 Jahre grob geschätzt bis zu 200 Mio. Euro kosten.

Investitionen 2014 bis 2024

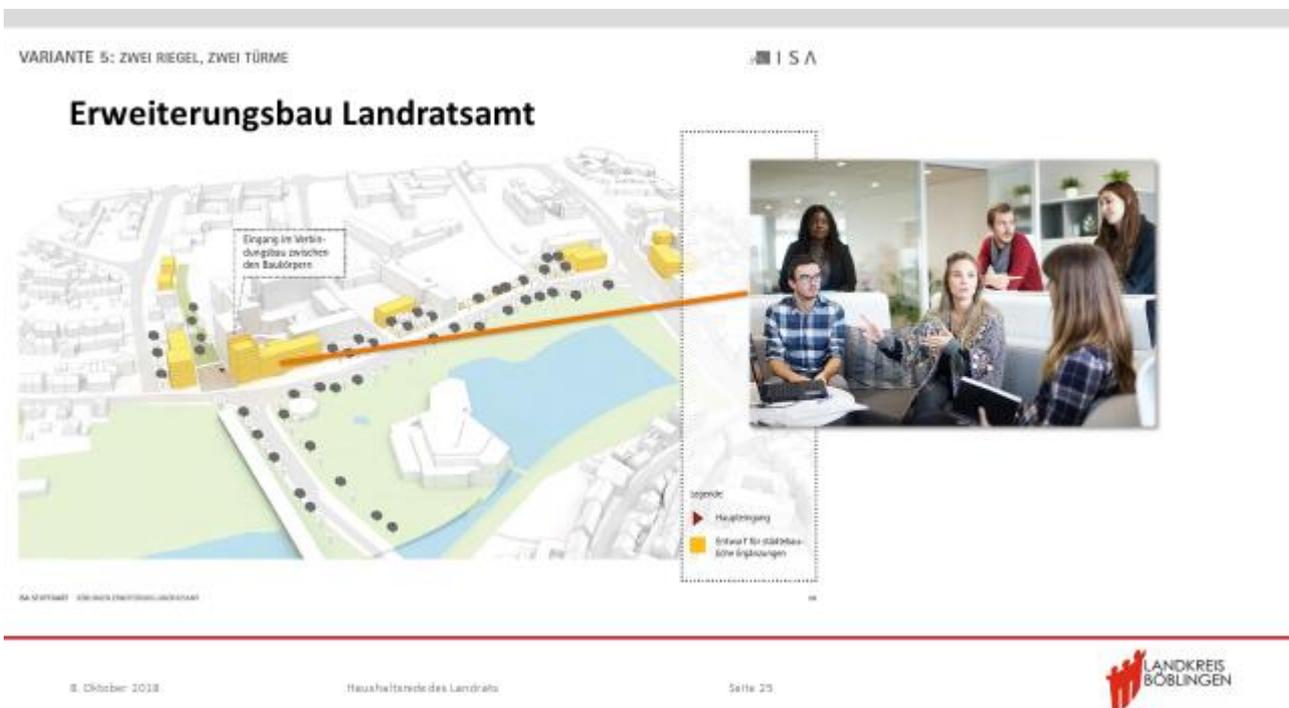


Jeder kann rechnen: 650 Mio. Euro für Kliniken, 150 Mio. Euro für Schönbuchbahn macht 800 Mio. Euro und über 200 Mio. Euro weitere Investitionen im Kernhaushalt macht "nach

Adam Riese" über 1 Milliarde Euro. Ich finde das gut und richtig, nur die Spielräume bei der Kreisumlage sind dadurch begrenzt.

Kurz zu den Schulgebäuden: Wir erfassen zurzeit den Gebäudezustand und wollen daraus eine Gesamtstrategie ableiten. Vier Schulen wurden untersucht. Eine Machbarkeitsstudie für die Mildred-Scheel Schule und das Kaufmännische Schulzentrum wurde beauftragt. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2019 präsentiert.

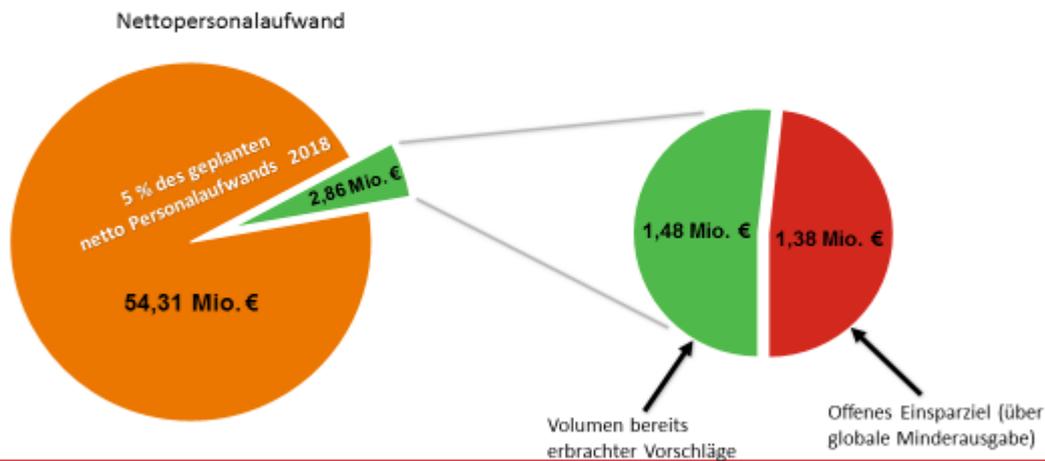
Das neue Kreistierheim wird bis zum Jahresende hin fast fertiggestellt sein. In der heutigen Sitzung wird der Kreistag in Sachen Straßenmeisterei Magstadt einen wichtigen Meilenstein setzen, sodass wir in gut einem Jahr einen Generalübernehmer mit der Durchführung der Bauarbeiten beauftragen können.



Was die Erweiterung des Landratsamtes betrifft, so wird im kommenden Jahr vorrangig die Aufstellung eines Bebauungsplanes für entsprechende Planungen im Vordergrund stehen. Wie es hier weitergeht hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich das Thema digitaler und mobiler Arbeitsplatz im Landratsamt entwickelt.

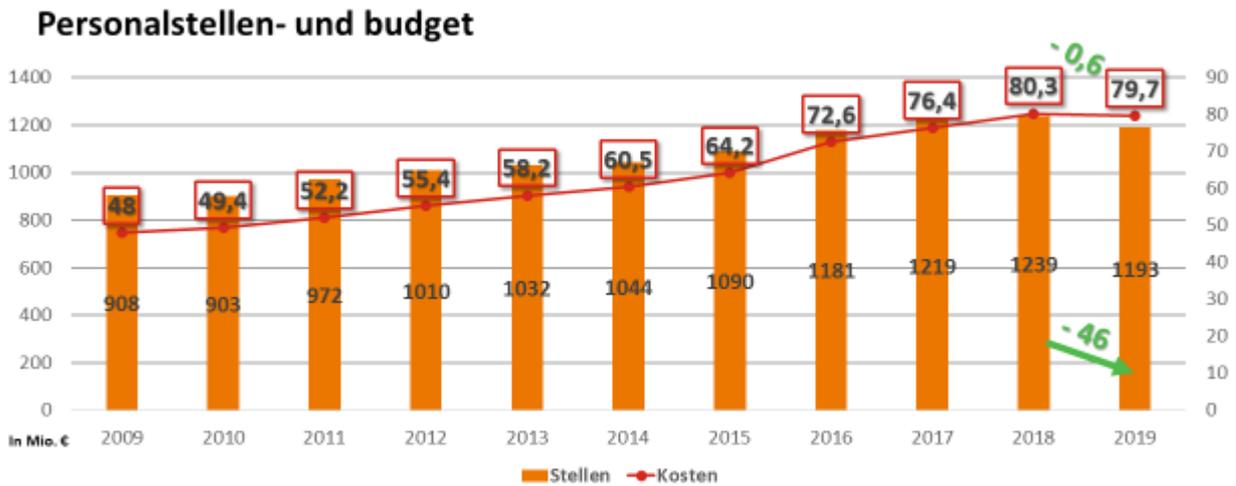
Unabhängig von allem laufen die üblichen Sanierungsmaßnahmen in den Schulen und Gebäuden des Landkreises weiter: dafür sind im Ergebnishaushalt 12,6 Mio. Euro und im Maßnahmenplan 9 Mio. Euro vorgesehen. Sie sehen: In der Gebäudewirtschaft ist die Bestellung der Felder eine Daueraufgabe.

Aufgabenkritik



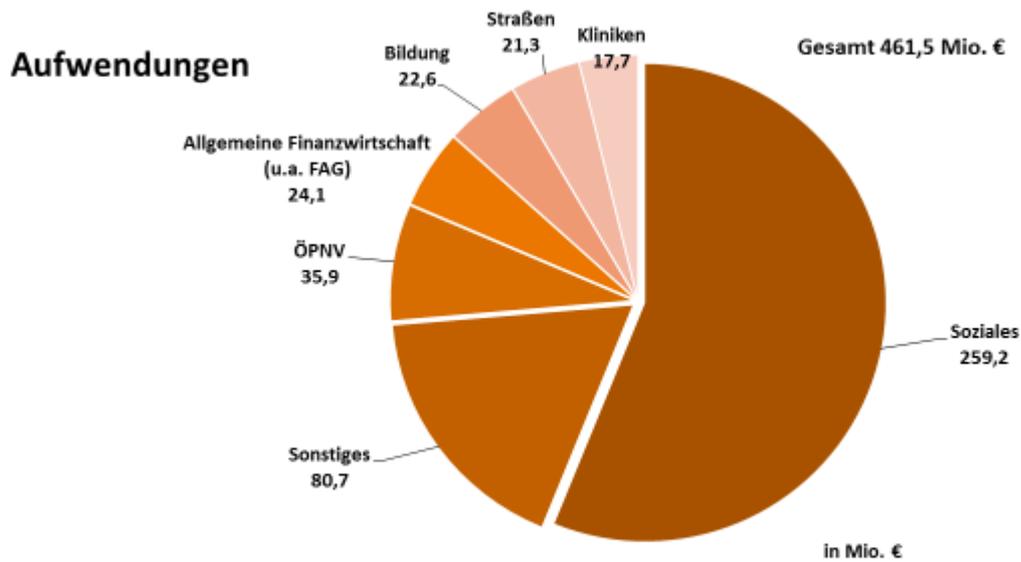
Zum **Personaletat**: die Kritik aus den letzten Haushaltsberatungen ist angekommen. Die Verwaltung setzt konsequent auf eine Aufgabenkritik, bei der am Ende etwas raus kommt. Alle Ämter haben sich angestrengt, Maßnahmen identifiziert, die ein Einsparvolumen von brutto über 4 Mio. Euro aufzeigen. In der Haushaltsstrukturkommission wurden wir gebeten auch eine Netto-Rechnung aufzustellen. Das haben wir getan. Bei einem Einsparziel von netto 2,8 Mio. Euro haben wir bereits 1,5 Mio. erreicht. Die verbleibenden 1,3 Mio. Euro wollen wir über eine globale Minderausgabe 2019 umsetzen. Das geht im Hause nicht schmerzfrei über die Bühne. Ich will den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber ein Lob aussprechen: Sie alle leisten viel und gewährleisten, dass wir Tag für Tag für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Mit der Aufgabenkritik kann es uns gelingen, alte Zöpfe abzuschneiden, auch um Kraft zu schöpfen für neue Aufgaben.

Beim AWB wollen wir dabei nicht primär über die Personal- sondern über die Gebührenschaube gehen.

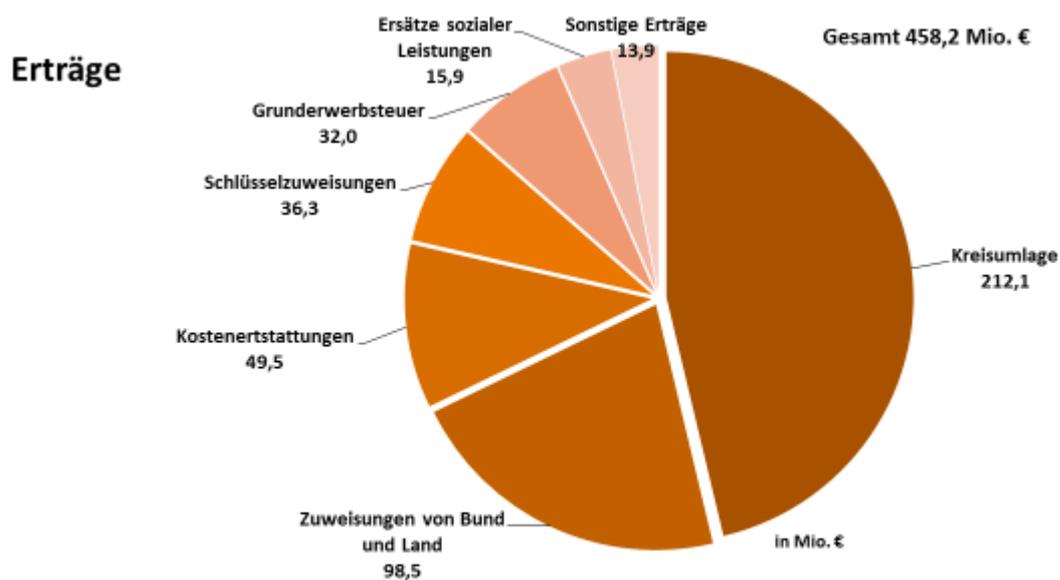


Der strenge Kurs ist am Personalbudget für 2019 des Kernhaushalts abzulesen. Im laufenden Jahr sind 80,3 Mio. Euro eingeplant. Im nächsten Jahr drücken wir den Ansatz unter die Marke von 80 Mio. Euro (79,7 Mio. Euro). Auch bei den Stellen gehen wir deutlich nach unten - brutto um rund 45 Stellen. Das liegt vor allem am Flüchtlingsbereich, aber auch an der Aufgabenkritik. Freie Stellen werden nur ausnahmsweise extern ausgeschrieben. Das bietet Chancen für die Entwicklung von innen: Heute haben wir zwei prominente Beispiele aus der obersten Führungsebene auf der Tagesordnung.

Mit einem Gesamtüberblick möchte ich schließen.



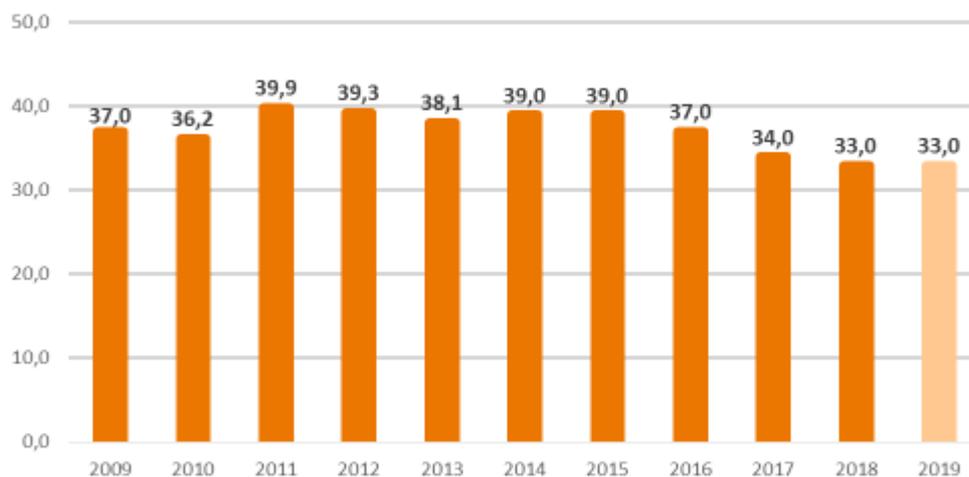
Die **Gesamtaufwendungen** liegen bei rund 460 Mio. Euro. An der Spitze steht der Bereich Soziales mit knapp 260 Mio. Euro. Gefolgt vom ÖPNV mit 36 Mio. Euro.



Die **Gesamterträge** liegen bei 457 Mio. Euro. 99 Mio. Euro sind an Zuweisungen von Bund und Land vorgesehen. An Kreisumlagemittel sind 212 Mio. Euro angesetzt. Trotz interner Sparrunden enthält der Haushaltsentwurf noch ein Defizit von 3 Mio.€.

Da müssen wir noch ran. Jede Verbesserung sollten wir in einen ausgeglichenen Haushalt stecken. Zudem ist zu bedenken, dass wir bei der Liquidität in schwieriges Fahrwasser kommen. Wir zahlen derzeit unsere Investitionen aus unseren Barmitteln. Insgesamt ist die Haushaltslage aber deutlich erfreulicher als bei meinem Amtsantritt vor 10 Jahren. In schwierigeren Jahren streifte der Hebesatz auch mal die 40er-Marke. Inzwischen kommen wir mit weniger Prozenten aus. Aber egal was ich vorschlage: der Kreisverwaltung kommt es zu wenig vor, für die Kreispolitik meistens zu viel.

Kreisumlage



In der Abwägung der Für und Wider und mit Blick auf die großen Aufgaben, die vor uns liegen, schlage ich Ihnen daher vor, den **Hebesatz bei 33 Prozent** zu belassen. Ich halte das für eine faire Aufteilung der starken Steuerkraft zwischen Landkreis und Gemeinden. So kann die kommunale Familie kraftvoll ihre Aufgaben bewältigen.

Eine Dekade habe ich inzwischen hier im Landratsamt für den Landkreis als Landrat wirken dürfen. Franz Müntefering sagte mal, es gibt nur ein Amt, das schöner ist als Papst - und das sei SPD-Vorsitzender. Schau ich nach Rom und auf die Bundespolitik, kann ich das nicht so recht glauben. Für mich gibt es kein schöneres Amt als Landrat des Landkreises Böblingen zu sein. Ob trotz oder wegen der Haushaltsberatungen sei dahingestellt. Ich bin mir aber sicher: Wenn wir die Vorhaben, die ich Ihnen heute vorgestellt habe mit Kraft ins Ziel führen, dann werden wir es schaffen auch für die kommenden Jahrzehnte die Weichen für ein gutes Leben im Landkreis Böblingen zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten.